

## Rede im Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort!*



03.12.2014

### **Marcus Optendrenk MdL,**

Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Plenarsitzung am 3. Dezember 2014, TOP 1  
Haushaltsberatungen – Grundsatzdebatte

### **Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen: Lamentieren statt regieren**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Anrede,

Die Haushaltspolitik der Landesregierung ist an einem Punkt angekommen, an dem jedem offensichtlich geworden ist: Auf dem bisherigen Weg, den Rot-Grün in den letzten vier Jahren beschritten hat, geht es nicht mehr weiter.

- Durch die erheblichen zusätzlichen Ausgaben, mit denen die Regierung den Landeshaushalt seit 2010 belastet, hat sich ein Schuldensockel von jährlich 3 Milliarden gebildet.
- Die einzige wirkliche Sparmaßnahme bei der Beamtenbesoldung war verfassungswidrig. [Heute verhandelt zudem das Bundesverfassungsgericht über die Angemessenheit der Richterbesoldung.]
- Auf den Abschlussbericht der gescheiterten PR-Maßnahme „Effizienzteam“ warten wir bis heute. Das dort entdeckte Einsparpotential von 0,2 Prozent des Landeshaushalts ist der Rede aber nicht wert.
- Gästen wurde zwischenzeitig in beschämender Weise Leitungswasser gereicht, doch gerade in den Köpfen des Kabinetts ist die Erkenntnis, dass es neben einer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit auch eine finanzielle Dimension gibt, anscheinend immer noch nicht abgekommen.
- Immerhin ist in den letzten Tagen meinem Kollegen Herrn Mostofizadeh, auch Mitglied des Effizienzteams, aufgefallen, dass es bei den Landesförderungen noch Einsparpotenzial gebe. Vielleicht sollten Sie das mal mit Herrn Rimmel besprechen.

Der weigert sich ja sogar dem Parlament offenzulegen, wofür in seinem Haus die knappe Milliarde Euro Steuergeld ausgegeben wird.

Übrig bleibt eine Landesregierung, die nicht mehr weiter weiß.

Als Sofortmaßnahme regte der DGB zuletzt die erneute Erhöhung der Grunderwerbsteuer an. Das haben sich die Regierungsfractionen zu Eigen gemacht und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Wir hatten dazu gestern eine umfassende Anhörung. Alle Sachverständigen haben auf die erheblichen negativen wirtschaftspolitischen Auswirkungen hingewiesen. Nur der ebenfalls als Sachverständiger eingeladene DGB war gar nicht erst da. Hat da jemanden das schlechte Gewissen eingeholt?

Wir wissen, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen seit Jahren unterdurchschnittlich wächst. Die Ursachen hierfür liegen in einer geringeren Produktivität, geringeren Ausgaben für Forschung und Entwicklung und geringeren Investitionen als im Bundesschnitt. Die Wirtschaft investiert in Nordrhein-Westfalen weniger als an anderen Standorten. Das hat Gründe. Wenn das aber schon heute so ist, dann ist eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer ein weiterer Baustein zur Schwächung des Standortes Nordrhein-Westfalen.

Und es ist nicht nur investitionsfeindlich, es ist auch baupolitischer Unsinn. Herr Groschek schließt ein „Bündnis für Wohnen NRW“, dessen Kernziele „bezahlbar, generationengerecht und energieeffizient ist. Und die Regierungsfractionen leisten ihren Beitrag dazu, dass bezahlbarer Mietwohnraum eben nicht zur Verfügung steht und eine energetische Sanierung für den Häuslebauer unerschwinglich wird.

Während in Nordrhein-Westfalen Gäste mit Leitungswasser bedient werden und täglich aufs Neue wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen getroffen werden, verhandelt Frau Kraft in Berlin den Länderfinanzausgleich für die Zeit ab 2019.

Um von Verhandlungspartnern ernst genommen zu werden, muss man redlich argumentieren. Doch Frau Kraft lässt gerne entscheidende Details weg.

- Frau Kraft verschweigt, dass wir gerade nicht von allen anderen benachteiligt worden sind, sondern seit den 1980er Jahren von europäischen Strukturmitteln und Sonder-Programmen (Jahrhundert-Vertrag, Kohle-Pfennig) in Milliardenhöhe profitiert haben.
- Frau Kraft verschweigt, dass wir bundesweit das Land mit dem höchsten Kommunalisierungsgrad sind, die Summe der Ausgaben des Landes pro Einwohner muss damit statistisch niedriger sein als anderswo. Das ist keine Leistung von Frau Kraft, sondern ein Verschiebepbahnhof.
- Frau Kraft verschweigt, dass sie im Haushalt 2015 mit Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen von 1,6 Milliarden Euro

rechnet. Bezieht man den Umsatzsteuervorgang mit ein, kann Nordrhein-Westfalen nur noch mit 800 Mio. Euro solidarisch sein.

- Frau Kraft verschweigt, dass Nordrhein-Westfalen ein BIP von 33.600 Euro je Einwohner hat, die neuen Länder liegen inzwischen bei 23.600 Euro je Einwohner (Sachsen 24.200 Euro). Oder: Nordrhein-Westfalen hat ein BIP von 600 Mrd. Euro, die neuen Länder haben mit 12,5 Mio. Einwohnern ein BIP von 300 Mrd. Euro.

Wer nicht ehrlich in der Argumentation ist, wer Steuererhöhung für soziale Politik hält und wer die Schuldenbremse als Fetisch bezeichnet, dem geht es nicht um unser Land. Dem geht es nur um Ideologie und Machterhalt.

Das Problem ist: Unserem Land fehlt die Regierung, die Ministerpräsidentin, der Finanzminister lamentieren stattdessen stundenlang vor jedem Mikrofon, das Ihnen hingehalten wird.

Anrede,

Lamentieren statt Agieren, das ist das Motto der Regierung Kraft.

Rumlabern statt Anpacken, könnte man auch sagen. Das passt weder zum Image des ehrlichen Arbeiters noch zur aktiven Zukunftsgestaltung.

Diese Regierung ist schon zur Halbzeit am Ende. Aber, um es mit Joseph Roth zu sagen: das Ende zieht sich noch etwas. Zum Schaden des Landes und der hier lebenden Menschen.